

VORWÄRTS HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

FEBRUAR 2021



Von Nancy Faeser,
SPD-Landesvorsitzende und
Vorsitzende der SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag

Liebe Genossinnen und Genossen,
vor uns liegt ein regelrechtes Superwahljahr mit der Bundestagswahl, sechs Landtagswahlen – und mit der Kommunalwahl hier bei uns in Hessen. Am 14. März stimmen wir darüber ab, wie unsere Städte, Gemeinden und Landkreise in den nächsten fünf Jahren politisch gestaltet werden. Die SPD war und ist eine starke Kommunalpartei, die dort, wo sie Verantwortung trägt, viele Dinge zum Besseren verändert. Und deswegen möchte ich, dass wir gemeinsam dafür kämpfen, unsere Gestaltungsmöglichkeiten in den Kommunen zu halten und auszubauen. Meine Bitte ist: Werben Sie, wo immer sich die Gelegenheit dazu bietet, für die Briefwahl. Denn das ist in der Pandemie der sicherste Weg der Stimmabgabe.

Der Wahlkampf wird dieses Mal noch herausfordernder als in „normalen“ Zeiten: Die Hygienemaßnahmen in der Corona-Pandemie machen viele erfolgreiche Kampagnen-Formate schwer oder unmöglich. Umso mehr freue ich mich über die vielen kreativen Ideen, die in allen Gliederungen der hessischen SPD für den Wahlkampf in Zeiten von Corona entwickelt worden sind. Daraus erwächst ein reichhaltiger Erfahrungsschatz, den wir auch in künftigen Wahlkämpfen nutzen können.

Die nächste Landtagswahl steht erst 2023 an. Bis dahin werden wir weiter Druck auf die schwarzgrüne Landesregierung machen, die immer wieder unter Beweis stellt, dass sie großen Herausforderungen nicht gewachsen ist: Nach dem Schulchaos, das Schwarzgrün seit dem Ende der Sommerferien nicht sortiert bekommt, hat die Landesregierung auch den Start der Corona-Impfungen in Hessen technisch und organisatorisch verstoßert. Wir werden noch lange mit dem Virus leben müssen. Dennoch bin ich zuversichtlich: Wenn die Produktion der Impfstoffe hochgefahren ist und die Unternehmen, die sie entwickelt haben, den Bedarf decken können, wird das Leben für uns alle wieder leichter werden.

Bitte bleiben Sie bis dahin besonnen – und bleiben Sie gesund.

Nancy Faeser

POLITISCHER
ASCHERMITWOCH

AM 17. FEBRUAR
UM 19.30 UHR

MIT DEM ARBEITSMINISTER
HUBERTUS HEIL,

DER LANDES- UND
FRAKTIONSVORSITZENDEN
DER SPD HESSEN
NANCY FAESER,

DEM MARBURGER
OBERBÜRGERMEISTER
DR. THOMAS SPIES

UND DEM
GENERALSEKRETÄR DER
HESSISCHEN SPD
CHRISTOPH DEGEN
(MODERATION).

LIVE AUF
[FACEBOOK.COM/SPDHESSEN](https://www.facebook.com/SPDHESSEN)

FAMILIE UND BERUF IN EINKLANG BRINGEN

FÜR EINE BETREUUNGSGARANTIE IN HESSEN

Frühkindliche Bildung legt den Grundstein für den weiteren Bildungserfolg unserer Kinder. Damit ein Aufstieg durch Bildung möglich ist und Familien entlastet werden, muss die Kinderbetreuung endlich vollständig kostenfrei sein“, erklärt die Landesvorsitzende Nancy Faeser das Anliegen der hessischen SPD. Diese kostenfreie Betreuung müsse ganztags und für alle Altersgruppen möglich sein. „Und gerade in Zeiten von Corona haben viele Familien schmerzlich erfahren müssen, wie wichtig eine gute und verlässliche Betreuung in den Kitas ist.“ Ohne Kitas, Krippen und die Betreuung bei Tagesmüttern und -vätern fehle den Kindern die Ansprache und Förderung außerhalb der eigenen Familie, es fehle der Austausch mit den anderen gleichaltrigen Kindern und die Entlastung für die Eltern. „Gleichzeitig steigt die Belastung der Eltern: Familie und Beruf in Einklang zu bringen, war insbesondere während der Corona-Krise kaum möglich“, sagt Faeser. Das Ziel der hessischen SPD sei deshalb jenseits der

Krisenzeiten eine Betreuungsgarantie. Zu dem Verständnis der SPD von Gerechtigkeit gehöre auch, dass Eltern, die aufgrund der aktuellen Pandemie ihre Kinder nicht in die Kita bringen könnten, zumindest temporär von den Gebühren befreit werden müssten. „Es wird Zeit, die wirre Verteilungspolitik der letzten Jahre vernünftig zu regeln und den Kommunen wieder finanzielle Spielräume zu ermöglichen. Deswegen soll das Land insgesamt zwei Drittel der Gesamtkosten für den Betrieb von Kindertagesstätten und Tagespflege übernehmen“, erklärt Faeser und macht deutlich: „Eine professionelle und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist unverzichtbar für die frühkindliche Förderung und Bildung sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bildung beginnt eben nicht erst mit dem Schuleintritt. Vielmehr muss frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen die Grundlage schaffen, dass Kinder bei der Einschulung über möglichst gleiche Startchancen verfügen.“ ■



FOTO: ISTOCKPHOTO, RAWPIXEL

**UNTERSTÜTZE
DEINE SPD –
SPENDE EIN PLAKAT**

Über [spdHessen.123plakat.de](http://spd Hessen.123plakat.de) gibt es auch in diesem Wahlkampf wieder die unkomplizierte Möglichkeit die SPD bei der Kommunalwahl zu unterstützen. Über das Tool kann zwischen insgesamt acht Plakatmotiven gewählt und ein entsprechendes Plakat gespendet werden: zum Ärztemangel, zur Mobilität, zur Energiewende, zum Wohnen, zur Kinderbetreuung oder für eine bessere Infrastruktur und Anbindung von Stadt und Land. Das Großflächenplakat steht dann am Standort der eigenen Wahl – ob auf dem Weg zum Supermarkt, in der Fußgängerzone, am Bahnhof oder gleich vor der eigenen Haustür. Zunächst wird nur die Fläche gebucht. Vor der finalen Spende werden dann die Kosten für das Plakat und die Anbringung angezeigt. Das Plakatspendentool bietet damit eine praktische Möglichkeit, die eigene Gliederung zu unterstützen, auch wenn die Zeit zum Flyerverteilen vielleicht zu knapp wäre. Und: auch Mitte Februar sollten noch einige Flächen buchbar sein. ■

„WIR WOLLEN EINEN STARKEN, HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT“ NANCY FAESER UND CHRISTOPH DEGEN STELLEN KOMMUNALWAHLKAMPAGNE VOR

Am 27. Januar haben die Landesvorsitzende Nancy Faeser und Generalsekretär Christoph Degen die Kampagne der hessischen SPD zur Kommunalwahl am 14. März vor der Landespressekonferenz in Wiesbaden vorgestellt.

Unter dem Motto „Mehr Hessen wagen“ hatte die hessische SPD ihren Gliederungen im Laufe des letzten Jahres bereits verschiedene Materialien bereitgestellt: von einer grafischen Grundlinie im roten

Farbverlauf bis hin zu Vorlagen für Flyer, Plakate und vieles mehr. Für die einzelnen Gliederungen wurde dabei aus dem Claim beispielsweise „Mehr Frankfurt wagen“. „Der Titel macht deutlich, dass es der SPD um starke und gut ausgestattete Kommunen geht, die das Leben vor Ort aktiv gestalten können“, erklärt Generalsekretär Christoph Degen. Deswegen wurden auch die landesweiten Themenplakate vorgestellt, die die kommunalpolitischen Schwerpunktthemen der hessischen SPD abbilden: flächendeckende medizinische Versorgung, bezahlbare Wohnungen in Städten und auf dem Land, eine moderne Infrastruktur von Breitband bis Bus und Bahn, eine soziale und nachhaltige Energiewende und eine Garantie auf Kinderbetreuung – das seien die Themen, die gerade während der Coronakrise weiter an Bedeutung gewonnen hätten. „Wir wollen einen starken, handlungsfähigen Staat, der auch in der Krise zuverlässig ist und niemanden zurücklässt“, fasst Nancy Faeser zusammen. „Die SPD-geführten Kommunen sorgen sich um die Menschen und sind in der Krise verlässlich. Am 14. März haben die Wählerinnen und Wähler die Chance, mit einer starken SPD für ein gutes Leben vor Ort zu sorgen“, so die Landesvorsitzende. Während der Kampagnenvorstellung wurde nochmals deutlich,

dass dieser Wahlkampf erheblich anders aussieht als seine Vorgänger. Klar sei deshalb auch, dass der Briefwahl eine noch größere Bedeutung zufalle, als sonst. „Wir rufen aktiv die Wählerinnen und Wähler zur Briefwahl auf“, macht Christoph Degen deutlich: „Bevor man aus Angst vor der Infektionslage sein demokratisches Stimmrecht nicht nutzt, sollte man die vielen Möglichkeiten von zu Hause aus zu wählen nutzen.“ ■



KREATIVER WAHLKAMPF IN HESSEN

IDEEN FÜR WAHLKAMPFFAKTIONEN IN ZEITEN VON CORONA

Die COVID-19-Pandemie stellt die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vielerorts vor große Herausforderungen. Doch mit viel Kreativität zeigen die Genossinnen und Genossen in Hessen, dass Wahlkampf auch unter erschwerten Bedingungen funktioniert. Wir haben drei schöne Beispiele zusammengestellt.

Stadtrallye in Schwalbach im Taunus

Die SPD in Schwalbach lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einer Stadtrallye ein, um ihr Programm sowie die Kandidatinnen und Kandidaten vorzustellen. Bei einem Spaziergang durch die Stadt können sich potenzielle Wählerinnen und Wähler so über die SPD vor Ort informieren und an festen Stationen mit Genossinnen und Genossen ins Gespräch kommen. Dadurch entzerrt sich der typische Wahlkampfstand und findet an mehreren Orten gleichzeitig statt. So können

Politik und der Sonntagsspaziergang coronakonform kombiniert werden.

Wir im Norden – live

Die SPD Wiesbaden Nord veranstaltet regelmäßige Livestreams auf Facebook unter dem Namen „Wir im Norden – live“. Hier kommen Gäste und kommunale Vertreterinnen und Vertreter, die am 14. März zur Wahl stehen, ins Gespräch und informieren über aktuelle Entwicklungen und Ideen für ihre Stadt. Auf ihrer Facebook-Seite www.facebook.com/spdnordwiesbaden finden sich alle Videos zum Nachschauen.

Gartenzaungespräche mit Bürgermeisterkandidat Jörn Schachtner

In Neuberg im Main-Kinzig-Kreis wird wie in vielen anderen Kommunen in Hessen am 14. März nicht nur das Kommunalparlament gewählt, sondern es findet ebenso eine Direktwahl für das Bürgermeisteramt statt. Für die SPD geht Jörn



Gartenzaungespräch mit Bürgermeisterkandidat Jörn Schachtner, Neuberg.

Schachtner ins Rennen, der bereits im vergangenen Jahr mit sogenannten Gartenzaungesprächen begonnen hat. Diese können Hausbesuche sehr gut ersetzen, denn die Gespräche finden draußen und mit genügend Abstand statt. Trotzdem haben die Wählerinnen und Wähler die Chance, den Bürgermeisterkandidaten direkt kennenzulernen und ihm ihre Fragen zu stellen. Gartenzaungespräche können online oder per Plakat angekündigt werden und bieten – zumindest bei trockenem Wetter – die Chance, persönliche Kontakte zu knüpfen. ■

QUELLE: CHRISTOPH DEGEN

WIE SOLL DIE ZUKUNFT GEMEISTERT WERDEN?

JAHRESAUFTAKTVERANSTALTUNG DES MANAGERKREISES DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG MIT OLAF SCHOLZ UND NANCY FAESER

Hätten wir uns nicht alle an die aktuelle Situation gewöhnt, hätte diese Veranstaltung gar nicht stattfinden können“, sagte der Vizekanzler Olaf Scholz zu Beginn der Jahresauftaktveranstaltung des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung, die von Silke Hillesheim moderiert wurde. Diese Gewöhnung dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land vor weitreichenden Entscheidungen stünde. „Wir müssen in der Krise vor allem dazu beitragen, Jobs zu sichern. Und deshalb braucht es auch eine starke fiskalische Antwort zur Bewältigung dieser Krise“, so Scholz. Der Vizekanzler und Finanzminister mahnte, den Aufschwung des Landes auch weiterhin in den Blick zu nehmen. Bislang habe dies in Deutschland gut geklappt. „Wir

haben mehr Arbeitsplätze gesichert, mehr Unternehmen geschützt und ein besseres Wachstum erzielt, als die meisten vorausgesagt haben“, sagte Scholz. Er bewertete vor allem die starke europäische Antwort auf die Krise positiv. Diese sei nicht immer selbstverständlich gewesen, und sie sei Ausdruck einer starken politischen Wende. Der Finanzminister hob vor allem das Instrument der Kurzarbeit hervor, das Deutschland schon während der Finanzkrise geholfen habe und mittlerweile sogar in Europa nachgeahmt werde. Unterstützt in seinem Kurs wurde Scholz nicht nur an diesem Abend von der hessischen SPD-Chefin Nancy Faeser, die betonte, dass bereits entscheidende Weichen für die Zukunft in der Krise gestellt worden seien. „Diese Weichen hat der Finanz- und nicht der Wirtschaftsminister gestellt. Und ich teile seine Grundeinstellung: In der Krise muss Geld ausgegeben, muss investiert werden“, so Faeser. Mit Blick auf Hessen erklärte die Landesvorsitzende, dass das Bundesland zwar wirtschaftlich stark sei, aber in der Krise auch darunter leide, dass zwei der größten Arbeitgeber aus der Luftfahrt kämen. „Dort gibt es besondere Belastungen, und es ist deshalb natürlich auch davon auszugehen, dass Hessen stärker von der Krise getroffen wird als der Rest der Bundesrepublik“, so Faeser. Eine der größten Herausforderungen sei somit, Arbeitsplätze zu erhalten und auch



FOTO: PETER JÜLICH

neue zu schaffen – Gleiches gelte für die Sicherung von Ausbildungsplätzen. Vor allem die Branchen, die in den vergangenen Monaten noch nicht viel Unterstützung erhalten hätten, müssten jetzt stärker unterstützt werden, stellte Faeser fest: „Das gilt für Soloselbstständige, für die Gastronomie, für die Veranstaltungsbranche und auch für die Tourismusbranche. Deshalb brauchen wir weitere und vor allem endlich landeseigene Investitionsprogramme.“ Auch eine weitere Mehrwertsteuersenkung sieht Faeser dabei als ein adäquates Mittel zur Krisenbewältigung. Einig waren sich Scholz und Faeser nicht nur, aber vor allem in einem: In der Krise müsse immer auch die Zukunft in den Blick genommen werden. ■



FOTO: BUNDESM. D. FINANZEN/PHOTOTHEK/TOMAS KOEHLER

EIN GARANT FÜR GUTE ARBEIT

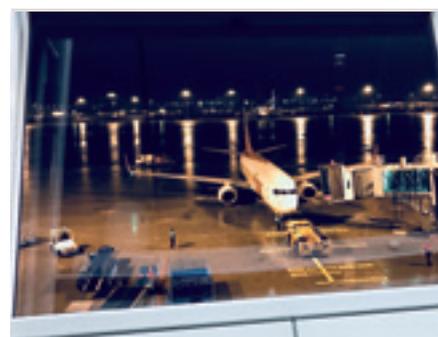
DIE LANDESGRUPPE IM GESPRÄCH ÜBER DEN STANDORT HESSEN

Mitte Januar haben sich hessische Abgeordnete aus Bundes- und Landtag im Rahmen der Gesprächsreihe „Standort Hessen“ mit Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften und Betriebsräten des Frankfurter Flughafens ausgetauscht.

Mit einem pandemiebedingten Rückgang der Passagierzahlen um über siebenzig Prozent steht der Luftverkehr vor einer nie da gewesenen Belastungsprobe. Am Flughafen Frankfurt befinden sich achzig Prozent der Beschäftigten in Kurzarbeit. „Die Menschen wollen wissen, wie es weitergeht und ob ihre Jobs noch sicher sind“, erklärt Dr. Jens Zimmermann, der Sprecher der SPD-Landesgruppe Hessen in der Bundestagsfraktion. Die Berichte sowohl der Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften als auch der Betriebsräte geben Grund zur Sorge. Stellenabbau bei den Bodenverkehrs-

diensten, eine angespannte Situation der Airlines durch den Absturz der Fluggastzahlen und der Preiskampf im internationalen Wettbewerb prägen das Bild. Die Belegschaften sind zunehmend verunsichert. „Die Zukunft des Flughafens ist für uns im Land ein zentrales politisches Anliegen“, findet die hessische SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser. Es sei nicht nachvollziehbar, wieso die Landesregierung aus CDU und Grünen die Frage, wie in Zukunft gute Arbeitsplätze am Flughafen erhalten werden können, derart stiefmütterlich behandle. „Der Flughafen Frankfurt und ein nationaler Carrier sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region und ein Garant für gute Arbeit“, erklärt Zimmermann. Daher nähmen sie die Berichte der Kolleginnen und Kollegen sehr ernst. Der Bund habe bereits viel getan. Mit einem Schutzschirm über neun Milliarden Euro

wurde die Lufthansa vor einer drohenden Insolvenz bewahrt. Auch der vereinfachte Zugang zum Kurzarbeitergeld sei eine wichtige Hilfe für Flughafenstandorte, um durch die Krise zu kommen. „Wir werden uns weiter für die Belange des Flughafens und seiner Beschäftigten im Land Hessen einsetzen und den Finger auch bei Wirtschafts- und Verkehrsminister Al-Wazir immer wieder in die Wunde legen“, verspricht Faeser. ■



QUELLE: ELEMENTS.ENVATO.COM/TWENTY20PHOTOS

DIREKTWAHLEN IN HESSEN

Thomas Keuder möchte Oberbürgermeister von Bad Homburg von der Höhe werden.

Karsten Krug möchte der nächste Landrat der Bergstraße werden.

Friedel Lenze möchte Bürgermeister von Berkatal bleiben.

Dieter Lang möchte Bürgermeister von Dietzenbach werden.

Claus Markus möchte nächster Bürgermeister von Eschwege werden.

Jutta Janda möchte Bürgermeisterin von Friedrichsdorf werden.

Jonathan Wulff möchte Oberbürgermeister von Fulda werden.

Claus Kaminsky stellt sich zur Wiederwahl als Oberbürgermeister von Hanau.

Torsten Warnecke möchte nächster Landrat von Hersfeld-Rotenburg werden.

Jan Herfort möchte Bürgermeister in Hochheim am Main werden.

Andreas Siebert möchte Landrat von Kassel werden.

Manfred Ockel möchte Bürgermeister in Kelsterbach bleiben.

DIREKTWAHLEN
IN HESSEN

Marius Hahn stellt sich zur Wiederwahl als Bürgermeister von Limburg.

Thomas Spies möchte Oberbürgermeister von Marburg bleiben.

Friedhelm Junghans möchte Bürgermeister von Meißner bleiben.

Roger Tietz möchte Bürgermeister von Michelstadt werden.

Jörn Schachtner will neuer Bürgermeister von Neuberg werden.

Antje Runge möchte Bürgermeisterin von Oberursel werden.

Frank Matiaske stellt sich zur Wiederwahl als Landrat des Odenwaldkreises.

Christel Sprößler möchte Bürgermeisterin von Roßdorf bleiben.

Winfried Becker möchte Landrat des Schwalm-Eder-Kreises bleiben.

Matthias Baaß stellt sich zur Wiederwahl als Bürgermeister von Viernheim.

Manfred Wagner möchte Oberbürgermeister von Wetzlar bleiben.

Michael Hellenschmidt möchte Bürgermeister von Kelkheim werden.

MIETENSTOPP

Wir fordern einen Mietenstopp für alle Wohnungen in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten: in den nächsten fünf Jahren sollen Mieten dort um maximal 1% pro Jahr steigen dürfen“, fordert Initiative „Mietenstopp für alle“ auf ihrer Petitionsseite. Vor allem in den Ballungsgebieten sind steigende Mieten für viele nicht mehr bezahlbar. „Wer über ein Drittel des Haushaltseinkommens für die Miete aufbringen muss, hat zu wenig Geld zum Leben übrig – das trifft besonders Menschen mit niedrigem Einkommen“, steht es auf der Seite petition-mietenstopp.de, die unter anderem von der hessischen SPD-Landtagsfraktion unterstützt und vom Landesverband kräftig beworben wird. Wer bei den steigenden Mieten nicht mithalten kann, wird automatisch aus seinem gewachsenen sozialen Umfeld, seinem Wohnort oder Stadtteil verdrängt – ein Problem, dem dringend Einhalt geboten werden muss. „Wichtig ist, dass wir den Menschen die Sicherheit geben, die sie brauchen. Ihr Zuhause muss auch in Zukunft bezahlbar sein“, erklärt Generalsekretär Christoph Degen. Deshalb unterstützt er die Petition und ruft auch alle hessischen Genossinnen und Genossen auf, es ihm gleichzutun. „Gemeinsam können wir Mieterinnen und Mieter schüt-

zen und den Mietenstopp durchsetzen“, so Degen. Unterschrieben und damit die Betroffenen unterstützt werden kann die Petition auf petition-mietenstopp.de. ■



QUELLE: SPD-LANDTAGSFRAKTION/UNSPASH

Einberufung und Fristenplan zur Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl der SPD Hessen (§ 5a unserer Satzung) und ordentlicher SPD-Landesparteitag (§ 4 unserer Satzung)

**Samstag, 19.06.2021, Beginn: 10.00 Uhr
In der Stadthalle Friedberg, Am Seebach 2, 61169 Friedberg (Hessen)**

Der SPD-Landesvorstand hat in einem Beschluss vom 01.02.2021 nach § 4 (4) der Satzung des SPD-Landesverbandes Hessen die Einberufung eines ordentlichen Landesparteitags beschlossen. Antragschluss für Anträge gemäß § 4 (6) unserer Satzung (inkl. satzungsändernder Anträge) ist der 08.05.2021. Alle fristgemäß eingegangenen Anträge werden den gewählten und den beratenden Delegierten zur Kenntnis gegeben. Anträge können gemäß § 4 (5) unserer Satzung die Ortsvereine, die Unterbezirke, die Bezirke, der Landesvorstand und die Bezirks- und Landeskonferenzen der Arbeitsgemeinschaften stellen.

Vorläufige Tagesordnung: A. Ordentlicher Landesparteitag der SPD Hessen

- 1. Eröffnung und Willkommen
- 2. Konstituierung des Parteitags
- 3. Rede der Landesvorsitzenden Nancy Faeser
- 4. Antragsberatung und Beschlussfassung

Unterbrechung des ordentlichen Landesparteitags

B. Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste der am 26.09.2021 stattfindenden Bundestagswahl (Vertreterversammlung im Sinne des Bundeswahlgesetzes)

- 5. Konstituierung / Wahlen und Benennungen i. S. d. Bundeswahlgesetzes
- 6. Einbringung der Liste
- 7. Aufstellung der Landesliste und Beschlussfassung

Wiedereintritt in den ordentlichen Landesparteitag

- 8. Fortsetzung der Antragsberatung und Beschlussfassung
- 9. Schlusswort und Ende des Parteitags Ende der Vertreterversammlung/des Parteitags gegen 17:30 Uhr

Wir bitten beachten Sie, dass sich die Form des Parteitags aufgrund der aktuellen Infektionslage der Covid-19-Pandemie noch ändern kann.

EIN DOKUMENT DER VERPASSTEN CHANCEN

LANDESHAUSHALT 2021 IN DRITTER LESUNG BERATEN

Eine falsche Schwerpunktsetzung der schwarzgrünen Regierungskoalition kritisierte die Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser. CDU und Grüne hätten die Chance verpasst, mit dem Haushalt die Weichen für eine gute Zukunft des Landes zu stellen. „Das zu korrigieren, haben wir mit unseren Änderungsanträgen versucht“, so Faeser.

Insbesondere im Gesundheitsbereich forderte Faeser mehr Unterstützung für die kommunalen Krankenhäuser, deren Liquidität in der Coronakrise bedroht sei. „Die Kliniken haben vorsorglich die Kapazität an Intensiv- und Beatmungsbetten für die Behandlung von Covid-19-Patienten aufgestockt, sie haben erhebliche Kosten für Infektionsschutzmaßnahmen von der Handdesinfektion bis zu Schutzkleidung zu tragen“, so Faeser. Auf der Einnahmenseite reiße die Verschiebung oder Absage von nicht lebensnotwendigen Operationen tiefe Löcher in die Krankenhausfinanzen. „Um diese Lücke zu schließen, halten wir einen einmaligen Betriebskostenzuschuss von sechzig Millionen Euro aus dem Landeshaushalt für erforderlich“, sagte Faeser. Bei den Krankenhausinvestitionen seien außerdem strukturelle Änderungen erforderlich, da die Kommunen langfris-

tig nicht in der Lage seien, ihren Anteil an den Investitionen zu finanzieren. „Die Zukunftsfähigkeit der Krankenhäuser muss uns – gerade nach den Erfahrungen in der Coronapandemie – deutlich mehr wert sein“, kritisierte Faeser.

Auch im Bereich der Bekämpfung des Rechtsextremismus forderte Faeser mehr Investitionen. Nirgendwo in Deutschland seien in den zurückliegenden Jahren mehr Menschen zu Opfern von rechts-extrem motivierter, rassistischer Gewalt geworden. „Wir brauchen mehr präventive Arbeit und eine intensivere Beschäftigung mit den Wurzeln von Rassismus und rechten Ideologien. Deswegen ist uns vor allem daran gelegen, Prävention, Aufklärung und politische Bildung in einer Landesstiftung für die Opfer von rechter Gewalt zu institutionalisieren“, erklärte Faeser. Diese Stiftung solle den Betroffenen materielle und immaterielle Hilfe anbieten können und mit einer Stärkung der zivilgesellschaftlichen Arbeit das rechts-extremistische Gedankengut zurückdrängen, aus dem Gewalt entstehe.

Als dritten großen Bereich nannte Faeser die Kinderbetreuung, bei der der Investitionsbedarf nach übereinstimmenden Schätzungen rund eine Milliarde Euro betrage:



QUELLE: SPD-LANDTAGSFRAKTION/UNSP/PLASH

„Im Haushalt sind gerade einmal 246 Millionen Euro für Investitionen in die Kitas vorgesehen – und da sind schon 27 Millionen eingerechnet, die Schwarzgrün aus dem Corona-Schattenhaushalt nehmen will, und 77 Millionen vom Bund, der für Kitas eigentlich gar nicht zuständig ist. Und auch bei den Betriebskostenzuschüssen für die Kinderbetreuungseinrichtungen weigert sich die Landesregierung, ihren gerechten Anteil zu übernehmen. Dabei ist der Betrieb von Kitas und Krippen ein Hauptgrund für die strukturellen Defizite in den kommunalen Haushalten.“

Nicht nur in der Krise gelte: Zeig mir deinen Haushalt – und ich sage dir, wer du bist. „Wir zeigen, dass die Menschen in Hessen sich auf die SPD verlassen können“, resümierte Nancy Faeser. ■



FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

Elke Barth, MdL

RÜCKNAHME DER MIETERHÖHUNG

Das landeseigene Wohnungsunternehmen Nassauische Heimstätte (NH) hat einem Teil seiner Mieter zum Jahresbeginn Mieterhöhungen um bis zu fünfzehn Prozent ausgesprochen. Diesen Mietanstieg inmitten der Coronakrise kritisierte die wohnungsbaupolitische Sprecherin Elke Barth als falsch, und forderte die Rücknahme der Erhöhungen. Die NH habe zu Beginn der Coronapandemie im vergangenen Jahr zunächst ein richtiges Zeichen gesetzt, indem sie auf Mieterhöhungen sowie Kündigungen wegen Mietrückständen verzichtet und den Betroffenen Mietstundungen angeboten habe. „Die Krise hat sich nun noch verschärft, die existenziellen Sorgen vieler Menschen sind mit der zweiten Infektionswelle und dem neuerlichen Lockdown gewachsen“, sagte Barth. Gerade ein öffentliches Wohnungsunternehmen müsse jetzt soziale Verantwortung übernehmen und auf Mieterhöhungen verzichten. „Die NH gehört überwiegend dem Land, in ihren Aufsichtsgremien entscheiden Vertreter der schwarzgrünen Landesregierung über die Geschäftspolitik mit. Es liegt deswegen in der Verantwortung der Landesregierung, dafür zu sorgen, dass die Mieter der NH nicht noch zusätzlich belastet werden“, so Barth. ■

„TRAUER, ZORN UND ENTSETZEN BLEIBEN“

NANCY FAESER FORDERT RÜCKHALTLOSE AUFKLÄRUNG DER UMSTÄNDE DES RASSISTISCHEN ANSCHLAGS VON HANAU

Fast ein Jahr ist seit dem rassistischen Anschlag von Hanau am 19. Februar 2020 vergangen. „Doch die Zeit heilt nicht alle Wunden“, erklärte Nancy Faeser nach einer Gedenkveranstaltung im Hessischen Landtag. „Es ist unser aller Aufgabe, das Angedenken an die Toten zu wahren, ihren Familien und Freunden jede Unterstützung zu geben und deren Trauer zu teilen. Diejenigen, die in Staat und Politik Verantwortung tragen, haben auch die Verpflichtung, für Klarheit zu sorgen über das, was in jener Nacht in Hanau wirklich geschah“, so Faeser. Dass es ein Jahr nach dem Anschlag mehr Fragen als Antworten gebe, sei quälend für die Hinterbliebenen, die ein Recht auf Aufklärung hätten. Faeser bezog sich dabei auch auf die Schwierigkeiten mit dem Polizeinotruf in der Tatnacht. „Der Notruf war während des Anschlags wegen personeller Unterbesetzung und technischer Unzulänglichkeiten nicht erreichbar. Das ist ein katastrophales Organisationsversagen, das möglicherweise Menschenleben gekostet hat“, sagte Faeser. Erst im Februar 2021, fast ein Jahr nach der grausamen

Tat, hatte Innenminister Beuth diesen Umstand eingestanden, aber gleichzeitig lapidar als „Panne“ bezeichnet. „Dieses Eingeständnis des Innenministers kommt viel zu spät, und es kommt in der schrecklichen Sprache einer kaltherzigen Bürokratie daher. Die Empathielosigkeit des Ministers ist mindestens so verstörend wie der Umstand, dass er sich seiner politischen Verantwortung vollständig verweigert“, kritisierte Faeser. Zudem sei nach wie vor ungeklärt, wieso in einer



QUELLE: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Nancy Faeser fordert Klarheit für die Angehörigen der Opfer von Hanau.

Bar, in der bei dem Anschlag zwei Menschen getötet wurden, der Notausgang abgeschlossen war. „Ich erwarte, dass die Ermittlungsbehörden rückhaltlos aufklären, wer dafür die Verantwortung trägt. Interessant wäre, auch zu erfahren, wieso das wichtige Detail des mutmaßlich verschlossenen Notausgangs erst durch die Strafanzeigen der Angehörigen zum Thema wurde und nicht schon vorher Gegenstand der Ermittlungen war“, sagte Faeser. Die Strafanzeigen der Hinterbliebenen legen nahe, dass die örtliche Polizei verfügt habe, die Notausgangstür abzuschließen. In Medienberichten werden Stammgäste der Bar zitiert, der Ausgang sei auf Geheiß der Polizei verriegelt gewesen, um zu verhindern, dass sich Gäste bei Polizeikontrollen unbemerkt entfernen. Das zuständige Polizeipräsidium Südosthessen hat eine entsprechende Anordnung dementiert. „Der mörderische Anschlag von Hanau hat die betroffenen Familien schwer traumatisiert. Umso wichtiger ist es, Klarheit für die Hinterbliebenen über die genauen Umstände der schrecklichen Tat zu schaffen“, so Nancy Faeser. ■



FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

Günter Rudolph, MdL

SICHER-WOHNFONDS FÜR MIETER

Das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt hat Ende Januar sein Urteil im Prozess um die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke gesprochen und Stephan Ernst wegen Mord zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. „Mit dem Urteil endet die strafrechtliche Aufarbeitung. Aber die politische Aufarbeitung im Untersuchungsausschuss des Landtags steht erst am Anfang“, erklärte Günter Rudolph dazu. Das Strafverfahren gegen Ernst sei nicht geeignet gewesen, ein Gesamtbild der rechten Szene in Nordhessen und darüber hinaus zu zeigen. „Und der Gerichtssaal war auch nicht der Ort, um zu durchleuchten, welche Handlungen und welche Unterlassungen den Umgang hessischer Sicherheitsbehörden mit dem einschlägig vorbestraften Gewalttäter Ernst bestimmt haben. Das ist die Aufgabe des Untersuchungsausschusses“, so Rudolph. Damit dieser seine Arbeit endlich aufnehmen könne, erwarte Rudolph die unverzügliche Überstellung der Gerichtsakten. „Stephan Ernst ist der Einzige, der für den Mord verurteilt wurde, aber er ist kein Einzeltäter“, machte Rudolph deutlich. ■

UNZUFRIEDENHEIT MIT IMPFVORBEREITUNGEN UND SCHULPOLITIK

REPRÄSENTATIVE UMFRAGE DES MEINUNGSFORSCHUNGSINSTITUTS CIVEY

Die Hessinnen und Hessen sind mehrheitlich unzufrieden mit der Schulpolitik der schwarzgrünen Landesregierung in der Coronapandemie und mit dem Beginn der Coronaimpfun-

gen im Land. 66,7 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sagen, sie seien weniger oder gar nicht zufrieden damit, wie die Landesregierung in der Krise bildungspolitisch agiere, 60 Prozent sind der Ansicht, die



QUELLE: SPD-LANDTAGSFRAKTION/UNSPASH/PEXELS

Landesregierung habe den Start der Coronaimpfungen schlecht vorbereitet. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag

der SPD-Landtagsfraktion in der Zeit vom 25. bis zum 31. Januar durchgeführt hat. „Die Umfrageergebnisse sind eine schallende Ohrfeige für die schwarzgrüne Koalition, denn sie belegen empirisch das Versagen dieser Landesregierung auf zwei zentralen Politikfeldern“, kommentierte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, das Umfrageergebnis. „Statt weiterhin voller Selbstzufriedenheit und Selbstgerechtigkeit durchs Land zu ziehen, sollten die verantwortlichen Minister Lorz und Klose endlich ihre Aufgaben ernst nehmen und ihre Arbeit ordentlich machen“, kritisierte Rudolph. ■

ERZIEHERINNEN UND ERZIEHER BESSER SCHÜTZEN

SPD-LANDTAGSFRAKTION FORDERT WÖCHENTLICHE TESTUNGEN UND DIE AUSGABE KOSTENFREIER MASKEN

Neben Verkäuferinnen und Verkäufern, Busfahrern, Ärzten, Pflegekräften und vielen anderen Berufsgruppen setzen sich Erzieherinnen und Erziehern jeden Tag der Gefahr aus, sich mit dem Coronavirus zu infizieren. „Die Kitas sind trotz der aktuell geltenden Einschränkungen in Hessen im Durchschnitt zu etwa 40 % ausgelastet. Viele Eltern haben keine andere Möglichkeit, als ihre Kinder in die Kita zu bringen. Das ist zwar verständlich, bringt aber vielerorts die Kitaleitungen und die Erzieherinnen und Erzieher in schwierige Situationen. Sie machen sich zu Recht Sorgen um ihren Gesundheitsschutz, den Sozialminister Klose überhaupt nicht mitgedacht hat“, erläutert die sozialpolitische Sprecherin Lisa Gnadl. Der Minister müsse deshalb dringend dafür sorgen, dass die empfohlenen medizinischen Masken kostenfrei in den Kitas an das Personal verteilt werden. „Und er muss auch dringend die Testmöglichkeiten erhöhen, um Infektionsketten schneller durchbrechen zu können. Anlasslose Schnelltests muss es wöchentlich geben. Und sie sollten vor Ort in der Kita angeboten werden“, macht Gnadl die SPD-Forderung deutlich. Erzieherinnen und Erzieher könnten sich nicht wie andere Berufsgruppen vor dem Virus schützen. Sie hätten mit besonderen Arbeitsbedingungen zu kämpfen. „Unsere Erzieherinnen und Erzieher brauchen mehr als nette Dankesworte. Sie verdienen es, dass endlich alles Mögliche getan wird, um sie bestmöglich vor Infektionen zu schützen“, sagte Gnadl. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei es deshalb auch wichtig, die Auslastung der Kitas im Auge zu behalten. ■

LANDESREGIERUNG DARF NICHT NOCH MEHR ZEIT VERLIEREN

SPD-LANDTAGSFRAKTION FORDERT VERPATZTEN IMPFSTART ZU EVALUIEREN UND VERBESSERUNGEN VORZUNEHMEN

Die Impfungen der ersten, priorisierten Gruppe gegen das Covid-19-Virus waren von zahlreichen Startschwierigkeiten geprägt. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb gefordert, mit einem Impfgipfel eine neutrale Bestandsaufnahme vorzunehmen, die Fehler zu analysieren und im Ergebnis die Abläufe zu optimieren. „Nach den massiven Pannen zum Start müssen jetzt alle Akteure – auch Vertreter der Kommunen und des Bundes – an einen Tisch, um eine erfolgreiche und schnelle Impfung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Landesregierung darf bei diesem entscheidenden Thema nicht noch mehr Zeit und Vertrauen verlieren. Auch neuen Vorschriften zum Tragen eines medizinischen Mundschutzes oder einer FFP2-Maske wird aller Voraussicht nach zu erneuten Versorgungsengpässen und sozialen Ungleichheiten führen, auf die

man schon längst hätte reagieren müssen“, erklärte Nancy Faeser. Insbesondere nach dem eher enttäuschenden Impfgipfel der Bundesebene sei es wichtig, alle hessischen Akteure an einen Tisch zu holen, dazu insbesondere Vertreter der hessischen Pharmaunternehmen und der Gesundheitswirtschaft, damit über die Frage beraten werden könne, wie die Produktion von Impfstoffen und Schutzmitteln in Hessen verbessert werden könnte, so Faeser. „Unser gemeinsames Ziel muss es sein, den Standort Europa im Rahmen einer europäischen Strategie zu stärken, Teile der Produktion zurückzuholen und eine weitere Abwanderung von Unternehmen zu verhindern.“ Die Fraktionsvorsitzende forderte in diesem Zusammenhang außerdem vom Bund, den Beziehern der staatlichen Grundsicherung kostenlose FFP2-Masken zur Verfügung zu stellen. ■



QUELLE: SPD-LANDTAGSFRAKTION

„BESCHÄFTIGTEN UND WIRTSCHAFT DEN RÜCKEN STÄRKEN“

CHRISTOPH DEGEN KRITISIERT CDU-GENERALSEKRETÄR PENTZ IM LANDTAG

Ende Januar waren Äußerungen des hessischen CDU-Generalsekretärs Manfred Pentz bekannt geworden, die Anlass zu viel Kritik gegeben hatten. In einem parteiinternen Videochat soll Pentz mit Blick auf die Milliardenhilfen des Bundes für die Wirtschaft in Deutschland nach Angaben an-

derer Teilnehmer gesagt haben: „So hart es klingt, aber ich hätte es zugelassen, dass der Markt diese Volkswirtschaft auch mal bereinigt“. Der CDU-Politiker sagte nach Bekanntwerden seiner Äußerungen, er sei sinnentstellend zitiert worden. Insgesamt sei es jedoch nicht entscheidend, ob sein Amtskollege kor-

rekt zitiert worden sei, erklärte dazu der SPD-Landtagsabgeordnete Christoph Degen. „Es geht darum, dass es niemanden überraschen würde, wenn er es wirklich so gesagt hätte. Man traut es ihm einfach zu“, so Degen. Er erinnerte an die großen Unterstützungsleistungen, mit denen die Bundesregierung seit Beginn der Pandemie erfolgreich Masseninsolvenzen in der deutschen Wirtschaft verhindert und hunderttausende von Arbeitsplätzen gerettet habe. „Das liegt auch daran, dass die SPD in der Großen Koalition dafür gesorgt hat und weiterhin dafür sorgt, dass ein starker und handlungsfähiger Staat einspringen kann, wenn er benötigt wird“, erklärte Degen. Er hob in diesem Zusammenhang den Beschluss des Koalitionsausschusses eines Coronazuschusses für Grundsicherungsempfänger und eines neuen Kinderbonus hervor. „Die SPD steht, anders als die hessische CDU, ohne Wenn und Aber zu hundert Prozent hinter all den Maßnahmen, die in der Krise sowohl den Beschäftigten als auch der Wirtschaft den Rücken stärken. Denn anders als Herr Pentz wissen wir, dass nicht mehr viel übrig bleiben wird, wenn man zulässt, dass in der Coronakrise der Markt diese Volkswirtschaft ‚bereinigt‘“, so Degen. Er sei seinem Kollegen Pentz fast ein bisschen dankbar, denn mit seinen Äußerungen habe er dazu beigetragen, die Unterschiede zwischen den Fraktionen von CDU und SPD wieder klarer erkennbar zu machen. ■



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION



FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

Nancy Faeser, MdB

WEITERE MEHRWERTSTEUERSENKUNG FÜR GASTRONOMIE

„Irgendwann wird dieser Corona-Albtraum so weit vorbei sein, dass wir wieder essen gehen, einen Cocktail trinken oder tanzen können. Derzeit besteht aber die Gefahr, dass es dann keine Orte mehr gibt, an denen das geht, weil weite Teile der Gastronomie die Krise nicht überstanden haben“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser, und forderte eine weitere Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie über den 30.06. hinaus. Nach Faesers Einschätzung würde sich die Gastronomie nicht von den Folgen der Coronapandemie erholen, wenn ihr der Staat nicht auf die Beine helfe. „Wenn Restaurants, Bars und Clubs die Krise nicht überleben, dann wäre das auch eine Katastrophe für das Gemeinschaftsleben auf dem Land und für unsere Innenstädte, deren Attraktivität stark von einem vielfältigen Restaurantangebot, von gemütlichen Kneipen und angesagten Clubs abhängt. Deswegen plädiere ich dafür, der Branche mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben statt neunzehn Prozent den Neustart nach der Coronakrise zu erleichtern“, so Nancy Faeser. ■

POLIZEIPRÄMIE FÜR AUSSERGEWÖHNLICHEN EINSATZ

SPD-FRAKTION WILL HESSISCHER POLIZEI MIT PRÄMIE DANKEN

Während der Corona-Pandemie hat der Einsatz der hessischen Polizei beispielsweise im Dannenröder Forst den Polizistinnen und Polizisten einiges abverlangt. Diesen außergewöhnlichen Einsatz will der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph mit einer Prämie würdigen. „Die Hessische Polizei hat während der Corona Pandemie in den letzten Monaten einen unvergleichlichen Einsatz geleistet. Besonders herauszuheben ist, neben der Durchsetzung der Corona Maßnahmen, die Sicherstellung der Rodungsarbeiten im Dannenröder Forst. Hierbei wurden laut einer Antwort des Innenministers auf einen SPD-Berichtsanhtrag über 660.000 Einsatzstunden allein durch die Kräfte der Hessischen Flächenpräsidien geleistet. Diese Zahl muss

uns doch deutlich machen, dass es nicht ausreicht, warme Worte an die hessischen Polizistinnen und Polizisten zu richten“, erklärte Rudolph das Vorhaben. Die SPD-Landtagsfraktion hatte deshalb im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragt, eine Prämie in Höhe von 300 Euro an die Kräfte des hessischen Polizeivollzuges auszus zahlen. Der Innenminister hatte dieser Forderung der Sozialdemokraten jedoch bereits im Rahmen von Ausschussberatungen seine Ablehnung signalisiert. „Wir bedauern, dass der Innenminister diese Würdigung der Polizeiarbeit für unnötig hält. Seine Argumentation, eine entsprechende Prämie sei im Besoldungsgesetz nicht vorgesehen, ist aus unserer Sicht fadenscheinig. Denn das ließe sich problemlos ändern. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“, so der Parlamentarische Geschäfts-

führer. Rudolph warb darüber hinaus für den von der SPD-Fraktion in den jährlichen Haushaltsberatungen beantragte Zulage für geschlossene Einheiten der Bereitschaftspolizei. Die Forderung nach der Erschwerniszulage sei bereits in den letzten Jahren immer wiederkehrend von den Regierungsfractionen abgelehnt worden. ■



QUELLE: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Gerade beim Einsatz im Dannenröder Forst hatten die Polizeibeamtinnen und -beamten ihr Engagement unter Beweis gestellt.

LANDESREGIERUNG OHNE KURS

SPD-FRAKTION KRITISIERT CHAOTISCHE ZUSTÄNDE IN DER SCHULPOLITIK

Auch im neuen Jahr bleibt die Landesregierung in der Schulpolitik untätig und ihr Kurs während der Coronakrise chaotisch. „Was die Landesregierung in der Coronapandemie bildungspolitisch eigentlich will und was ihre Position in den Gesprächen mit den anderen Regierungschefs ist, sagt sie nicht. Sie ordnet sich bedingungslos dem Kurs der Kanzlerin unter und wirft damit den eigenen Stufenplan, der Verlässlichkeit geben sollte, unter welchen Bedingungen mit welchen Maßnahmen zu rechnen ist, über den Haufen“, kritisierte

der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen. Bestes Beispiel sei, dass die aktuelle und anhaltende Aussetzung der Präsenzpflcht im Stufenplan gar nicht vorkomme, was viele Schulen ratlos mache. Die Landesregierung habe die Gefährdungslage an den Schulen über Monate heruntergespielt, schön geredet und schön gerechnet. „Vor Weihnachten wurde uns vom Kultusminister vorgeworfen, wir wollten mit einem Wechselmodell aus Distanz- und Präsenzunterricht nur die Hälfte des Unterrichts. Jetzt bläst es aus dem gleichen Horn, dass selbst die

Hälfte des Unterrichts zu viel ist. Dabei wäre es uns seit Beginn der Pandemie um ein möglichst krisensicheres Konzept, mit dem angstfrei und sicher unter Wahrung der notwendigen Abstände gelernt werden kann, gegangen“, sagte Degen. Die Landesregierung schwanke zwischen den Extremen. Die meisten Schülerinnen und Schüler müssten ganz zuhause bleiben, einige wenige sollten kommen, und für den Rest gebe es ein „vielleicht“. Der Verzicht auf die Präsenzpflcht sei das denkbar schlechteste Modell, weil es zulasse, dass Schüler, deren Eltern ihre Kinder nicht unterstützen können, wochenlang komplett vom Lernen abgehängt würden, so Degen. Er kritisierte auch, dass Schwarz-Grün weiterhin an zentralen Abschlüssen festhalte. „Insgesamt zeigt sich, dass die Landesregierung unverändert keinen Plan hat. Stattdessen hat der Kultusminister offensichtlich fast ein Jahr lang nur gehofft und gebetet, dass die Pandemie vorbeigeht, anstatt durch Konzepte, Fortbildung und bessere technische Ausstattung die Schulen tatsächlich krisenfest zu machen. Es ist ein Skandal, dass nach über 300 Tagen Corona immer noch kein vollfunktionstüchtiges Schulportal zur Verfügung steht und die Videofunktion, die für den Fernunterricht notwendig ist, noch immer nicht einsatzfähig für den flächendeckenden Einsatz ist“, sagte Degen. ■



QUELLE: SPD-LANDTAGSFRAKTION



Angelika Löber, MdB

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

LOBBYREGISTER

„Wir haben bereits mehrfach Anträge mit Forderungen zur Einführung eines Lobbyregisters im Landtag zur Abstimmung gestellt“, sagte die SPD-Abgeordnete Angelika Löber in der vergangenen Plenarwoche. Leider seien diese von CDU und Grünen abgelehnt worden. Die SPD-Fraktion hatte erneut eine vollumfängliche Transparenz von Lobbyismus gefordert. „Das ist wichtig, um das Vertrauen in unsere Demokratie wieder zu stärken“, machte Löber deutlich. Ein solches Lobbyregister müsse eine Registrierungspflicht beinhalten. „Alle Personen und Institutionen, die hauptberuflich der Tätigkeit der Interessenvertretung nachgehen und durch eine Interaktion mit politischen Institutionen Einfluss auf deren Willensbildungsprozess nehmen, müssen berücksichtigt werden“, erklärte Löber. Außerdem müsse das Register über Tätigkeitsfelder und Interessensbereiche der registrierten Interessengruppen informieren und für Bürger öffentlich zugänglich sein. „Wir fordern zudem, dass in dem Lobbyregister Daten zu den finanziellen Aufwendungen, die in die Interessenvertretung investiert werden, enthalten sind“, so Löber weiter. Letztlich forderte die SPD auch die Einsetzung eines Lobbybeauftragten. ■

VEREINSAMUNG STOPPEN, BESUCHE BESSER ERMÖGLICHEN

SPD-FRAKTION FORDERT KOSTENLOSE SCHNELLTESTS IN ALTEN- UND PFLEGEHEIMEN

Ältere Menschen brauchen nicht nur Pflege und Begleitung durch die Fachkräfte, sondern auch Kontakt zu ihren Angehörigen und Bekannten. Dieser Kontakt ist sehr wichtig für das Wohlbefinden. Die neue Testverordnung in Hessen darf nicht dazu führen, dass Verwandte und Bekannte die zu pflegenden Angehörigen nicht mehr besuchen“, warnte die pflegepolitische Sprecherin Dr. Daniela Sommer. Sie forderte bessere Bedingungen für die Besuche der Angehörigen in Alten- und Pflegeheimen. Die Vereinsamung von alten Menschen dürfe nicht länger tatenlos in Kauf genommen werden. „Die Entscheidung, Pflegekräfte endlich häufiger zu testen und eine Testpflicht für Besucherinnen und Besucher einzuführen, war längst überfällig. Nur so können Infektionen möglichst vermieden und den Menschen dennoch die so wichtigen sozialen Kontakte ermöglicht werden“, so Sommer. Anders als in Bundesländern wie Bayern oder Hamburg sei in Hessen jedoch bis-

lang keine Möglichkeit geschaffen worden, sich direkt vor Ort testen zu lassen. Bislang müssen die Besuchenden die Kosten für einen Coronatest, den sie beim Betreten des Heimes vorzeigen müssen, selbst tragen. „Hessen muss hier dringend nachziehen. Viele Besucherinnen und Besucher können sich den Coronatest selbst nicht leisten und müssten dann auf die für die Pflegebedürftigen wichtigen Besuche gänzlich

verzichten“, so Sommer. Hierfür müsse man zusätzliche Kapazitäten aufbauen, die gleichzeitig zu einer verbesserten Testquote der Beschäftigten von Wohn- und ambulant betreuten Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe beitragen könnten. Außerdem sollte jeder Besucherin und jedem Besucher eine von der Landesregierung gestellte FFP2-Maske ausgehändigt werden. ■



Besuche sind für Menschen, die in einem Alten- oder Pflegeheim leben, sehr wichtig, macht die gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin Dr. Daniela Sommer deutlich.

QUELLE: COLOURBOX.DE

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Christoph Gehring (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Isabel Kunkel
Martina Häusel-David

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden